



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
6. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 06.12.2018  
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin  
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Thomas Blaschke  
Herr Carsten Diete  
Herr Joachim Eckardt  
Frau Petra Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Frau Christiane Klanke  
Herr Martin Köhler  
Herr Gökçen Kuru  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Jutta Maeder  
Herr Ulrich Marc  
Frau Ursula Müller  
Herr Volker Sekunde  
Frau Ulrike Skodd  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes  
Herr Wilhelm Kemna

Herr Helmut Krause  
Herr Ralf Langner  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Ingolf Pätzold  
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Anke Dörlemann  
Frau Manuela Laßen  
Herr Timon Lütchen

DIE LINKE / GAL  
Herr Gunther Heuchel  
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP  
Frau Heike Schaumann  
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher  
Herr Ulrich Klein  
Herr Max Pasalk

Verwaltung  
Frau Julia Freundl  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ralf Tost  
Herr Christoph Watolla

Entschuldigt fehlten  
Herr Stefan Helmken  
Frau Heike Schaumann

Die **Bürgermeisterin** begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Umbesetzung von Ausschüssen	115/2018
3	Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten	131/2018
4	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung	126/2018
5	Dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	100/2018
6	Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)	101/2018
7	Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen	098/2018
8	Zweite Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen	099/2018
9	Vierzehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen	122/2018
10	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen	123/2018
11	Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen) für das Jahr 2019	112/2018
12	Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ der Stadt Kamen hier: Satzungsänderung	128/2018
13	Integriertes Handlungskonzept Kamen SG Innenstadt V hier: Beschluss zur Aufnahme des Projektes „Denkmalgerechte Sanierung des Fördergerüsts und der Fördermaschinenhalle der Zeche Monopol, Schacht Grillo 1“	129/2018
14	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019	109/2018
15	Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2019	117/2018
15.1	Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL	
16	Bestätigung des Gesamtabschlusses 2017	118/2018
17	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2019 und die Finanzplanung für die Jahre 2018 – 2022	121/2018
18	Finanzierung der Gehwegsanierung im DSK-Verfahren in 2018	119/2018

19	Ausdehnung des Reparaturprogramms im DSK-Verfahren auf weitere Geh- und Fahrradwege mit anderen Reparaturverfahren	120/2018
20	Verlängerung der Laufzeit des Frauenförderplans 2016 – 2018	111/2018
21	Förderantrag zum Breitbandausbau in den Kamener Gewerbegebieten	132/2018
22	Klinikum Westfalen - Rückkauf der Gesellschaftsanteile von der Evangelischen Stiftung Volmarstein und die damit verbundene Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Westfalen GmbH	127/2018
23	TECHNOPARK KAMEN GmbH: Bericht über die Analyse zu einer möglichen Umwandlung des Gründer- und Technologiezentrums hier: Antrag der SPD-Fraktion	
24	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	TECHNOPARK KAMEN GmbH: Bericht über die Analyse zu einer möglichen Umwandlung des Gründer- und Technologiezentrums hier: Antrag der SPD-Fraktion	
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## **A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.  
115/2018

Umbesetzung von Ausschüssen

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Behindertenbeirat

stv. Mitglied	<u>alt</u> Manfred Scholz	<u>neu</u> Beate Siebert
---------------	------------------------------	-----------------------------

Gleichstellungsbeirat

ordentliches Mitglied	<u>alt</u> Bernhard van Oosten	<u>neu</u> Stephanie Sabiniarz
stv. Mitglied	Stephanie Sabiniarz	Julia Kaim

Kulturausschuss

Ordentliches Mitglied	<u>alt</u> Ursula Brägelmann	<u>neu</u> Michael Bierhoff
stv. Mitglied	Michael Bierhoff	Ursula Brägelmann

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
131/2018

Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten

Frau **Dörlemann** teilte für ihre Fraktion mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten würden und verwies auf die Rede zum Haushaltsplan.

Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, so Herr **Langner** und verwies ebenso auf seine Rede zum Stellenplan.

Herr **Heidler** verwies auf die Debatte in der letzten Ratssitzung zum Dezernatsverteilungsplan und teilte mit, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

**Beschluss:**

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Stelle eines Beigeordneten gem. § 71 Abs. 2 S. 2 GO NRW auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.  
126/2018

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung

Herr **Holtmann** erläuterte die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den vorgelegten Gebührensatzungen (*siehe Redebeitrag – Anlage 1 der Niederschrift*).

Herr **Langner** bat um kurze Erläuterung zu § 23 „Ordnungswidrigkeiten“.

Herr **Tost** antwortete, dass damit verhindert werden soll, die Mülltonnen mehrere Tage vor Abholung rauszustellen. Dies würde in bestimmten Jahreszeiten Ungeziefer anziehen.

Die Fraktion DIE LINKE./GAL werde allen Satzungsänderungen zustimmen, so Herr **Grosch**. Er begrüße die Rekommunalisierung aufgrund der Kostenersparnisse. Er wies darauf hin, die Gefäße teilweise zu verändern um Müll einzusparen.

Herr **Tost** nahm den Hinweis entgegen und informierte, dass die Stadt seit Jahren eng mit der GWA und der Verbraucherberatung zusammenarbeite.

**Beschluss:**

Die als Anlage vorgelegte „Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen“ wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.  
100/2018

Dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Die CDU-Fraktion werde allen Gebührensatzungen zustimmen, so Herr **Eisenhardt**. Die Kalkulationen seien nachvollziehbar und die Gebühren schwanken in einem vernünftigen Maße. Er begrüßte die Senkung der Gebühren eines Musterhaushaltes.

**Beschluss:**

Die als Anlage vorgelegte "Dritte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen" und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfsberechnung werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
101/2018

Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen (Gebührensatzung)

**Beschluss:**

Die vorgelegte „Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Kamen“ und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenkalkulation werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.  
098/2018

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen

**Beschluss:**

Die vorgelegte „Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen, der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenbedarfskalkulation werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 8.  
099/2018

Zweite Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Kamen

**Beschluss:**

Die als Anlage vorgelegte „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen“ und die dieser Gebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 9.  
122/2018

Vierzehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen

Herr **Eisenhardt** teilte mit, dass die CDU-Fraktion sich im Betriebsausschuss zu der Beschlussvorlage enthalten habe. Er begründete die Enthaltung mit dem kalkulatorischen Zinssatz, der in der Höhe nicht nachvollziehbar sei. Aus Sicht einer Haushaltssicherungskommune sei es vernünftig, einen kalkulatorischen Zinssatz anzusetzen, allerdings könne die Höhe aufgrund der momentanen Niedrigzinsphase überdacht werden.

Herr **Heidler** betonte, dass es den Gebührenzahlern zugutekäme, es fließe direkt an den Bürger zurück.

Herr **Tost** informierte, dass es absehbar sei, dass der kalkulatorische Zinssatz unter den aktuellen Zinssatz sinken werde. Im Kanalbereich werde ein Abschreibungszeitraum von 50 Jahre zugrunde gelegt und der Zinsvergleich für diesen Zeitraum gerechnet und angepasst. Eine Abweichung des kalkulatorischen Zinssatzes sei nicht möglich, dies sei mehrfach gerichtlich geprüft worden. Auch mit Blick auf die Überprüfung der GPA müssen die Werte ausgeschöpft werden, da Kamen eine Haushaltssicherungskommune sei.

Herr **Eisenhardt** dankte Herrn Tost für die ausführliche Erläuterung und regte zukünftige Überlegungen über den kalkulatorischen Zinssatz an.

Herr **Diederichs-Späh** informierte, dass auf der einen Seite ein hoher kalkulatorischer Zinssatz angesetzt worden sei und auf der anderen Seite man sich in einer Niedrigzinsphase befinden würde.

Auf die Frage von Herrn **Stalz**, ob die Stadtentwässerung die Gewinne nicht selbst benötige, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass ausführliche Diskussionen zu der Thematik im zuständigen Betriebsausschuss fortgeführt würden.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorgelegte „14. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Abwassersatzung der Stadt Kamen“ und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 10.  
123/2018

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die vorgelegte „1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Kamen“ und die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



Zu TOP 11.  
112/2018

Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen) für das Jahr 2019

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die Gebührensatzberechnung für die Einrichtung Märkte (Wochenmarkt und Kirmessen). Die bestehenden Gebührensätze gelten auch für das Jahr 2019.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 12.  
128/2018

Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ der Stadt Kamen  
hier: Satzungsänderung

Zum TOP 12 und 13 bekräftigte Herr **Heidler** die Wichtigkeit des Förderturns und der umliegenden Umgebung der Zeche Monopol. Die SPD-Fraktion danke dem Verein Monopol 2000.

Herr **Eisenhardt** begrüßte die Beschlussvorlagen zu TOP 12 und 13. Es sei positiv, dass der Förderturm unter Denkmalschutz stehe und die Pflege zu 100% gefördert werde. Er gab zu bedenken, dass keine Eigenkonkurrenz bei Veranstaltungen entstehe. Er fragte nach, ob die Förderung auch die Unterhaltungskosten abdecken würden.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass für zukünftige Unterhaltungskosten die Industriedenkmalstiftung zuständig sei.

Herr **Stalz** betonte, dass es bei Ablehnung der Beschlussvorlage auch keine Förderung gebe.

Herr **Kasperidus** dankte allen Beteiligten.

**Beschluss:**

1. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ vom 18.09.2008 zuletzt erweitert durch Beschluss vom 17.12.2009 wird dahingehend geändert, dass das Sanierungsgebiet entsprechend des Lageplans, der Bestandteil der Satzung ist, erweitert wird.
2. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ vom 18.09.2008 erweitert am 17.12.2009 wird entsprechend des beiliegenden Entwurfs beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 13.  
129/2018

Integriertes Handlungskonzept Kamen SG Innenstadt V  
hier: Beschluss zur Aufnahme des Projektes „Denkmalgerechte Sanierung  
des Fördergerüsts und der Fördermaschinenhalle der Zeche Monopol,  
Schacht Grillo 1“

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, das integrierte Handlungskonzept  
Kamen SG Innenstadt V dahingehend anzupassen, dass die Maßnahme  
„Denkmalgerechte Sanierung der Fördermaschinenhalle der Zeche Mono-  
pol, Schacht Grillo 1“ in das Konzept aufgenommen wird.  
Die Umsetzung des Projektes durch die Stiftung Industriedenkmalpflege  
und Geschichtskultur wird ausdrücklich begrüßt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 14.  
109/2018

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019

Die **Bürgermeisterin** teilte mit, dass im Ältestenrat beschlossen wurde, die  
Redezeit zur Stellenplanreden auf 5 Minuten zu beschränken.

Für die SPD-Fraktion begründete Frau **Klanke** die Zustimmung zum Stel-  
lenplan.  
(siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift)

Herr **Langner** erläuterte für die CDU-Fraktion die Ablehnung zum Stellen-  
plan.  
(siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift)

Für die Fraktion B90/Die Grünen teilte Frau **Laaßen** die Enthaltung zum  
Stellenplan mit.  
(siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift)

Herr **Stalz** begründete für die FW/FDP-Fraktion die Zustimmung zum Stel-  
lenplan.  
(siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift)

Herr **Heuchel** bewertete für die Fraktion Die Linke/GAL den vorgelegten  
Stellenplan.  
(siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift)

Die CDU-Fraktion beantrage zum Beschlussvorschlag eine getrennte Ab-  
stimmung, so Herr **Langner**.

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

Die Regelungen im Haushaltssicherungskonzept sind grundsätzlich zu beachten.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2019 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis zu 1.:** bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen

**Abstimmungsergebnis zu 2.:** bei 3 Enthaltungen und 10 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 15.  
117/2018

Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2019

Zum Verfahren schlug die **Bürgermeisterin** vor, dass zunächst die Reden der Fraktionen zum Haushalt gehalten werden. Danach werde der Antrag der Fraktion DIE LINKE/GAL beraten und zur Abstimmung gestellt. Letztendlich werde über den Haushalt abgestimmt.

Weiter teilte die Bürgermeisterin mit, dass im Ältestenrat beschlossen wurde, die Redezeit zum Haushalt auf 15 Minuten auszuweiten.

Herr **Heidler** begründete für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt.

*(siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift)*

Für die CDU-Fraktion nahm Herr **Eisenhardt** Stellung zur Ablehnung des Haushaltes.

*(siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift)*

Frau **Dörlemann** erläuterte für die Fraktion B90/Die Grünen die Ablehnung zum Haushalt.

*(siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift)*

Für die Fraktion Die LINKE/GAL bewertete Herr **Grosch** die Enthaltung zum Haushalt.

*(siehe Redebeitrag – Anlage 10 der Niederschrift)*

Herr **Stalz** erläuterte für die Fraktion FW/FDP die Ablehnung zum Haushalt.

*(siehe Redebeitrag – Anlage 11 der Niederschrift)*

### **Beschluss:**

- A. Die Haushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen wird beschlossen.
- B. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2019 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis zu A:** bei 14 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

**Abstimmungsergebnis zu B:** bei 16 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 15.1.

Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL

Herr **Grosch** erläuterte den Antrag seiner Fraktion und verwies auf seine Haushaltsrede.

Herr **Heidler** teilte mit, dass die SPD-Fraktion nicht zustimmen werde. Zum einen sei die Grundsteuer eine verlässliche Größe im Haushalt, die keine andere Steuer liefere. Zum anderen sei die Berechnung zu den Gewerbesteuererinnahmen nur kalkuliert und nicht gewährleistet. Er wies darauf hin, dass nicht jeder Gewerbetreibende Gewerbesteuer zahle, jedoch aber Grundsteuer.

Auch die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, so Herr **Eisenhardt**. Die Gewerbetreibenden leisten einen wertvollen Beitrag, indem sie durch die Einnahmen Investitionen tätigen. Auch sei eine Gewerbesteuererhöhung auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Weiter begründete er, dass eine Hundesteuer keine Steuer sei, um hohe Einnahmen zu erzielen, sie habe eher einen regulatorischen Aspekt.

Frau **Dörlemann** teilte mit, dass die Fraktion B90/Die Grünen sich enthalten werde, da sie der Antrag zu spät erreicht habe.

Herr **Stalz** äußerte, dass die Fraktion FW/FDP der Grundsteuersenkung zustimmen könne, allerdings halte er die Erhöhung der Gewerbesteuer für kontraproduktiv. Die Hundesteuer zu erhöhen, halte er für sozial ungerechtfertigt.

Herr **Grosch** entgegnete, dass die kalkulierte Gewerbesteuer in Höhe von 15 Mio. Euro nicht unverlässlich sei. Er appellierte, dass Betriebe, die in Kamen produzieren und verkaufen, Gewerbesteuer zahlen müssten. Die Hundesteuer solle nur um einen geringen Betrag erhöht werden und habe ordnungspolitische Gründe.

Herr **Heidler** merkte an, dass man sich in einer Hochkonjunktur befinde und daher sei die Gewerbesteuer nicht so verlässlich wie die Grundsteuer.

Die Gewerbesteuererinnahmen bis 2022 seien recht konservativ gerechnet worden, dies begrüße die CDU-Fraktion, so Herr **Eisenhardt**.

Auf die Frage von Herrn **Stalz**, ob der Antrag getrennt abgestimmt werden könne, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass dies nicht möglich sei. Die Intention sei, mit der Grundsteuersenkung eine andere Steuer als Ausgleich zu erhöhen.

Auch Herr **Grosch** teilte mit, dass es nur Sinn ergeben würde, wenn der Beschlussvorschlag in einem abgestimmt werde.

**Beschluss:**

Im Produktbereich 61 (Allgemeine Finanzwirtschaft) werden die Einnahmen für folgende Haushaltspunkte verändert:

61.01.01.401200	Grundsteuer B	8.981.000
61.01.01.401300	Gewerbsteuer	15.640.000
61.01.01.403300	Hundesteuer	190.000

Nr. 58 Anpassung Grundsteuerhebesatz B: dieser wird von 690% auf 650% gesenkt

Nr. 59 Anpassung Gewerbesteuersatz: dieser wird von 470% auf 490% erhöht

Dazu werden die Steuersätze der Hundesteuer auf den Kreismittelwert erhöht (96 Euro pro Hund bei einem im Haushalt, 110 Euro pro Hund bei zwei Hunden im Haushalt und 124 Euro pro Hund bei drei oder mehr Hunden im Haushalt).

**Abstimmungsergebnis:** bei 32 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

*Die Sitzung wurde von 18.20 Uhr – 18.35 Uhr unterbrochen.*

Zu TOP 16.  
118/2018

Bestätigung des Gesamtabschlusses 2017

**Beschluss:**

1. Der Gesamtabschluss 2017 wird einschließlich des Gesamtlageberichtes und des Beteiligungsberichtes bestätigt.
2. Der Gesamtjahresfehlbetrag 2017 in Höhe von 5.404.982,88 Euro wird durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
3. Der Bürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2017 uneingeschränkt Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 17.  
121/2018

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Wirtschaftsjahr 2019 und die Finanzplanung für die Jahre 2018 – 2022

Herr **Sekunde** berichtete, dass der Wirtschaftsplan 2019 auf einer soliden Finanzbasis basiere. Er orientiere sich plausibel an dem Finanzbedarf der erforderlichen Aufwendungen und Maßnahmen. Erfreulich seien die Erweiterung des Stellenplans im Bereich des technischen Dienstes und der Beitrag der SEK zum Klimaschutz. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass auch die CDU-Fraktion dem Wirtschaftsplan zustimmen werde. Er begrüße insbesondere die Maßnahmen zum Hochwasserschutz und das eigene TV-Inspektionsfahrzeug der Stadtentwässerung mit entsprechendem Personal.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2019 und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2018 – 2022.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 18.  
119/2018

Finanzierung der Gehwegsanierung im DSK-Verfahren in 2018

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, der Stadt Kamen aus dem Gewinnvortrag der Stadtentwässerung Kamen einen Betrag in Höhe von 88.685,96 € (Ansatz WPL 2018 115.000 €) zur Deckung der zusätzlich notwendigen Kosten zur Sanierung der Gehwege 2018 gemäß Ratsbeschluss zum Programm zur Reparatur von Straßen und Gehwegen im DSK-Verfahren zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 19.  
120/2018

Ausdehnung des Reparaturprogramms im DSK-Verfahren auf weitere Geh- und Fahrradwege mit anderen Reparaturverfahren

Herr **Tost** informierte, dass seit mehreren Jahren das Reparaturprogramm im DSK-Verfahren für Gehwege betrieben werde und dieses nun künftig auf die Radwege ausgedehnt würde.

Herr **Kasperidus** begrüßte die Ausdehnung auf die Radwege.

Auch Herr **Eisenhardt** hielt die Ausdehnung für sachlogisch und richtig.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, das mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 beschlossene Programm zur Reparatur von Straßen und Gehwegen, soweit technisch möglich „aus einem Guss“ im DSK-Verfahren weiterzuführen. Die zur programmtechnischen Aufnahme der Gehwege zusätzlich erforderlichen Mittel sollen weiterhin jahresbezogen aus Überschüssen des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen, so vorhanden, zur Verfügung gestellt werden.

In das anteilige Reparaturprogramm für Geh- und Fahrradwege, werden auch solche aufgenommen, die nicht im DSK-Verfahren sondern nur mit anderen technischen Verfahren durchgeführt werden können.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 20.  
111/2018

Verlängerung der Laufzeit des Frauenförderplans 2016 – 2018

### **Beschluss:**

Die Laufzeit des Frauenförderplans 2016 – 2018 der Stadtverwaltung Kamen wird um 6 Monate verlängert.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 21.  
132/2018

Förderantrag zum Breitbandausbau in den Kamener Gewerbegebieten

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grund des Aufrufs zur Antragseinreichung am 15.11.2018 zur Förderung von Infrastrukturprojekten in Gewerbe- und Industriegebieten sowie in Häfen – gemäß der Richtlinie „Förderung zur Umsetzung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 22.10.2015 (gemäß der 1. Novelle vom 03.07.2018)“ einen Förderantrag zum Breitbandausbau in den Kamener Gewerbegebieten zu stellen. Voraussetzung ist, dass sich nach dem noch durchzuführenden Markterkundungsverfahren herausstellt, dass in dem jeweiligen Gewerbegebiet in den nächsten drei Jahren kein privatwirtschaftlicher Ausbau erfolgt und bei der Abfrage der Gewerbetreibenden in den Gewerbegebieten ein Bedarf besteht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 22.  
127/2018

Klinikum Westfalen - Rückkauf der Gesellschaftsanteile von der Evangelischen Stiftung Volmarstein und die damit verbundene Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Westfalen GmbH

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der Klinikum Westfalen GmbH vom 11.12.2017 an und stimmt dem Rückkauf der Anteile von der Evangelischen Stiftung Volmarstein und der damit verbundenen Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Westfalen GmbH zu.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 23.

TECHNOPARK KAMEN GmbH: Bericht über die Analyse zu einer möglichen Umwandlung des Gründer- und Technologiezentrums hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** erläuterte kurz den Antrag seiner Fraktion.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, so Herr **Eisenhardt**. Er wünschte sich zeitnah von der Verwaltung einen Zeitablaufplan.

Auf die Frage von Herrn **Stalz** nach den Gründen der geringeren Verlustabdeckung bis 2022 antwortete die **Bürgermeisterin**, dass dies im Wesentlichen mit dem Wegfall des Gehaltes des ehemaligen Geschäftsführers zusammenhängen würde. Frau Peppmeier als neue Geschäftsführerin habe einen befristeten Arbeitsvertrag. Weiter teilte sie mit, dass weitere Informationen und eine Zeitschiene zum Ablauf den Fraktionen zugehen werde.

Herr **Stalz** bat den Tagesordnungspunkt für Nachfragen die ggfls. Nichtöffentlichkeit bedingen, in den nichtöffentlichen Teil zu schieben.

*Dem Antrag wurde einvernehmlich zugestimmt.*

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Handlungsalternativen sowie die Handlungsempfehlungen aus dem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft audalis zu einer möglichen Umwandlung des Gründer- und Technologiezentrums TECHNOPARK KAMEN GmbH auf Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



## Zu TOP 24.

### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 24.1 Mitteilungen der Verwaltung

Die **Bürgermeisterin** teilte mit, dass die Planung zum integrierten Handlungskonzept Heeren den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden soll, Termin sei der 10.01.2019 um 19 Uhr im Lutherzentrum.

Die **Bürgermeisterin** informierte, dass es eine erneute Jugendratsitzung geben werde, mit dem Schwerpunkt Europa. Beginn dieses Projektes sei der Tag der Ratssitzung am 14.03.2019, die Jugendratssitzung finde am 25.03.2019 statt.

#### 24.2 Anfragen

24.2.1 Herr **Diederichs-Späh** fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Planung und Finanzierung der Schnellstraße OWIIIA bzw. L663n.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass es Beschlusslage der Städte Kamen, Unna, Dortmund und dem Kreis Unna sei, die L663n in einem Zuge zu planen und in Gänze zu bauen. Er informierte über eine Initiative der Hauptverwaltungsbeamten der beteiligten Kommunen an den Verkehrsminister, mit dem Angebot, mit der Planung gegen Kostenerstattung in Vorleistung zu treten. Der Landesverkehrsausschuss tagte im Dezember und habe diese Maßnahme auf der Tagesordnung.

Die **Bürgermeisterin** ergänzte, dass, wenn vorhandene Umsetzungskapazitäten seitens des Landes vorhanden seien, die Stadt Dortmund die Planung der Maßnahme gegen Kostenerstattung übernehme.

24.2.2 Herr **Stalz** fragte nach dem Fördermittelprogramm zum Kabinenbau am Jahnstadion, da das Programm aus der Liste des RVR genommen worden sei.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass die Fördermittel aus 2018 in 2019 erneut aufgerufen werden könnten. Nähere Informationen würden sie den Fraktionen zeitnah mitteilen.

24.2.3 Auf die Fragen von Herrn **Heuchel**, nach welchem Verfahren die Radwege instandgesetzt werden sollen, antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass grundsätzlich alle Radwege asphaltiert seien sollten. Dies sei allerdings sehr kostenintensiv.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

### Zu TOP 1.

TECHNOPARK KAMEN GmbH: Bericht über die Analyse zu einer möglichen Umwandlung des Gründer- und Technologiezentrums  
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Stalz** wünschte sich die Prüfung einer verbesserten Zusammenarbeit mit dem Tech5plus-Verbund, da Synergieeffekte und Einsparpotentiale möglich seien sowie eine mögliche gemeinsame Geschäftsführung. Weiter wies er bei dem Verbund Techplus5 auf die Forschungseinrichtungen hin, dies würde lukrative Arbeitsplätze und Fördermittel bedeuten.

Die **Bürgermeisterin** teilte, dass die Aspekte mitaufgenommen werden würden. Man stehe in engen Gesprächen mit allen Partnern, um die Zusammenarbeit zu optimieren.

### Zu TOP 2.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 1.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

#### 1.2 Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

### Zu TOP 3.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

TOP 1

gez. Kappen  
Bürgermeisterin

gez. Watolla  
Schriftführer